

N I E D E R S C H R I F T
über die
öffentliche Sitzung des Gemeinderates
DER STADT ST. GEORGEN IM SCHWARZWALD

Tag: Mittwoch, den 20.11.2024

Ort: Bürgersaal des Bürgerzentrums Roter Löwen, Hauptstraße 18, St. Georgen

Beginn: 17:30 Uhr

Ende: 21:35 Uhr

ANWESEND:

Vorsitzender

Herr Michael Rieger

Ehrenamtliche Mitglieder

Herr Hartmut Breithaupt

Herr Peter Fichter

Frau Kirsten Heinzmann

Herr Bernhard Lobmeier

Herr Kai Noel

Herr Bernd Karsten Rieger

Frau Beate Rodgers

Herr Stefan Rosenfelder

Herr Dirk Schmider

Herr Lothar Schwarz

Herr Markus Schwarzwälder

Herr Ernst Laufer

Herr Oliver Freischlader

Herr Guido Santalucia

Frau Karola Erchinger

Frau Hedwig König

Herr Dr. Jörg Zimmermann

Herr Jochen Bäsch

Herr Georg Wentz

Sachkundige Einwohner

Herr Franz Güter
Herr Joachim Kieninger
Herr Klaus Lauble

Beamte, Sachverständige usw.

Frau Blanka Amann
Frau Anna Benner
Herr Giovanni Costantino
Frau Tabea Epting
Herr Alexander Tröndle

Schriftführer

Frau Nicole Dorer

ABWESEND:**Ehrenamtliche Mitglieder**

Herr Gerd Haas	entschuldigt
Herr Hans-Peter Rieckmann	entschuldigt
Herr Andre Müller	entschuldigt

Zu Beginn der Sitzung stellt der Vorsitzende fest:

1. Das Gremium ist durch Ladung vom 07.11.2024 ordnungsgemäß einberufen worden.
2. Das Gremium ist beschlussfähig.

1 Fragestunde für Einwohner**Protokoll:**

Es gibt keine Anfragen von den Anwesenden.

2 Bekanntgaben, Verschiedenes**Protokoll:**

Bürgermeister Rieger hat nichts bekannt zu geben.

**3 Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nicht öffentlichen Sitzung vom
23.10.2024****Protokoll:**

- a) Der Gemeinderat hat die Verwaltung ermächtigt, in Grundstücksverhandlungen mit einer Erbengemeinschaft zu treten.
- b) Die Stadt St. Georgen hat ihre Aktienanteile an der EGT GmbH verkauft.

**4 Neubau Retentionsbodenfilter Rötzenwiesen
Vergabe der Ingenieurleistungen Ingenieurbauwerke
Vorlage: 117/24****Protokoll:**

Bürgermeister Rieger begrüßt Herrn Hirthe vom Büro Hirthe zu diesem Tagesordnungspunkt.

Stadtbaumeister Tröndle informiert, bei dem Retentionsfilter handele es sich um einen Naturfilter mit Naturmaterialien. Die Maßnahme sei eine Maßnahme aus dem Generalentwässerungsplan und diene dazu, das Wasser gereinigt in die Brigach abzugeben. In das RÜB beim Bauhof werde noch ein Rechen für das grobe Material eingebaut. Man befände sich aktuell in der Genehmigungsplanung. Da die Kosten über dem Schwellenwert von 221.000 Euro lägen, habe es eine EU-weite Ausschreibung geben müssen.

Herr Hirthe erläutert dem Gremium die Vorlage. Zwei Bieter hätten sich beworben. Die rechnerische, technische und wirtschaftliche Prüfung sei erfolgt. Die Qualifikation des Bieters wurde über die Angebotsprüfung nachgewiesen.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Georgen beauftragt den Bieter BIT Ingenieure AG, Freiburg mit der Bearbeitung des Leistungsbildes Ingenieurbauwerke (§ 43 HOAI) Gruppe 2 gem. Anlage 12.2 HOAI in Höhe von 159.188,84 €.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 20

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

5

**Neubau Hochbehälter Rupertsberg
Vergabe der Ingenieurleistungen Ingenieurbauwerke sowie Trag-
werksplanung
Vorlage: 116/24**

Protokoll:

Bürgermeister Rieger begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herr Hirthe vom Büro Hirthe.

Stadtbaumeister Tröndle erläutert, im Strukturgutachten sei diese Maßnahme priorisiert. Sämtliche Hochbehälter in St. Georgen seien in einem sehr guten Zustand. Sie seien gepflegt, bis auf den Hochbehälter Rupertsberg. Die Zufahrt sei zu diesem Behälter rechtlich schwierig. Dennoch müsse dieses Thema angegangen werden. Gleichzeitig mit der Ingenieurleistung sei eine Standortanalyse ausgeschrieben worden. Wenn sich der Standort als geeignet erweise, solle in die Planung gegangen werden.

Herr Hirthe erläutert dem Gremium die Vorlage. Ausgeschrieben wurden die Ingenieurbauwerke sowie die Tragwerksplanung. Die Angebote wurden rechnerisch, technisch und wirtschaftlich geprüft.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat der Stadt Georgen beauftragt den Bieter BIT Ingenieure AG, Villingen-Schwenningen mit der Bearbeitung des Leistungsbildes Ingenieurbauwerke (§ 43 HOAI) Gruppe 1/2 gem. Anlage 12.2 HOAI in Höhe von 222.415,25 €.
2. Dem Gemeinderat der Stadt Georgen beauftragt den Bieter Ingenieurbüro für Bauwesen mbH Schweickhardt & Erchinger, Tuttlingen mit der Bearbeitung des Leistungsbildes Tragwerksplanung (§ 51 HOAI) in Höhe von 72.201,47 €.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 20
 Ablehnung: ./.
 Enthaltung: ./.

6

Sanierung Robert-Gerwig-Schule**Vergabe der Ingenieurleistungen Objektplanung Gebäude und Innenräume sowie Tragwerksplanung****Vorlage: 115/24****Protokoll:**

Bürgermeister Rieger begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Hirthe vom Büro Hirthe,

Stadtbaumeister Tröndle informiert, bei der Sanierung gehe es um eine offene Maßnahme aus der Brandverhütungsschau. Bis zur nächsten Brandverhütungsschau habe man Bestandschutz. Dennoch müsse diese Maßnahme nun angegangen werden. Sie werde mit anderen Maßnahmen gebündelt. Es gehe um Elektroarbeiten, Barrierefreiheit, 2. Rettungsweg usw.

Herr Hirthe erläutert, mit allen drei Ausschreibungen liege man über dem Schwellenwert, was eine europaweite Ausschreibung für jedes Werk bedeute. Bei den Elektroarbeiten gebe es eine Besonderheit. Es sei kein Angebot eingegangen und die Arbeiten wurden erneut ausgeschrieben. Im Dezember sollten die Arbeiten hoffentlich vergeben werden.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat der Stadt St. Georgen beauftragt die KTL Architekten BDA Ingenieure, Rottweil mit der Bearbeitung des Leistungsbildes Objektplanung Gebäude und Innenräume (§ 34 HOAI), Umbauten und Modernisierungen von Gebäuden und Innenräumen (§ 36 HOAI) in Höhe von 231.625,55 €.
2. Dem Gemeinderat der Stadt Georgen im Schwarzwald beauftragt den Bieter Isenmann Ingenieur GmbH, Villingen-Schwenningen, mit der Bearbeitung des Leistungsbildes Tragwerksplanung (§ 51 HOAI) in Höhe von 47.911,86 €.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 20
 Ablehnung: ./.
 Enthaltung: ./.

**Rathaussanierung
Freigabe Entwurf und Beschluss zum Bauantrag
Vorlage: 118/24**

Protokoll:

Bürgermeister Rieger begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Würtz und Herrn Sutter vom Büro Sutter³ sowie Frau Mertel vom Regierungspräsidium.

Bürgermeister Rieger führt aus, seit dem Jahr 2014 beschäftige sich die Verwaltung mit der Innenstadtsanierung. Es werde nun allerhöchste Zeit, mit den weiteren Aufgaben zu beginnen. Im Rathaus werde derzeit alles auf den Umzug ins A.Maier-Gebäude vorbereitet. Er freue sich sehr auf dieses Projekt. Es sei ein wichtiger Baustein im Rahmen der Stadtsanierung. Er hoffe, dass im Jahr 2027 ein schönes saniertes Rathaus bezogen werden könne. In seiner Funktion stelle das Rathaus etwas Besonderes dar. Dieses solle mit aller Kraft unterstützt werden. Das Rathaus sei ein wichtiges städtisches Gebäude, ebenso wie u.a. das Hallenbad. Mittlerweile sei es sehr in die Jahre gekommen und zeige einen recht schlechten Zustand nach 50 Jahren. Mit der Sanierung solle ein Mehrwert für die Bürger geschaffen werden. Auch für die Mitarbeiter, die gute Arbeit leisten, müssten zeitgemäße Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Sanierung werde nicht wenig Geld kosten. Aber mit dem Land sei man in guten Gesprächen wegen der Förderung. Er wünsche sich, dass dieser Aufbruch auch von der Bürgerschaft gefeiert werde, so wie damals, als das aktuelle Rathaus gebaut wurde. Für die Anlieger werde es erneut Lärm und Unbequemlichkeiten geben. Er wünsche sich, dass aber auch das positive Ergebnis und die Sanierung der Innenstadt insgesamt gesehen werde. Es gehe um ein Gesamtprojekt für die Nachfolgegeneration.

Stadtbaumeister Tröndle spricht von einem wichtigen Abend. Eine lange, intensive Planungsphase liege hinter Verwaltung und Architekten. Alle Fachbereiche im Hause seien involviert. Heute solle der Startschuss für das Projekte fallen und dann könne der Bauantrag eingereicht werden.

Frau Würtz erläutert anhand einer Präsentation das Projekt, das aufgrund eines einstimmigen Gemeinderatsbeschlusses vom 19.04.2019 gestartet wurde. Seit Januar 2024 sei Sutter³ in der Planung, Mitte April 2024 konnte die Leistungsphase 2 fertiggestellt werden. In zwei Klausurtagungen konnten fast alle offenen Fragen beantwortet werden.

Herr Sutter nennt die Sanierung ein Leuchtturmprojekt. In St. Georgen entstehe etwas ganz Besonderes. Seit 40 Jahren saniere er vor allem ältere Häuser. Mittlerweile kämen aber auch die Gebäude der 70er/80er Jahre. Es herrsche vielerseits die Meinung, die Gebäude abzureißen und neu zu erstellen. Der Klimawandel habe aber das Thema der Nachhaltigkeit hervorgebracht. Weiter müsse wirtschaftlich agiert werden. Mit der Sanierung des Rathauses werde Nachhaltigkeit gelebt. Auch das Thema Recycling werde aufgenommen. Es gehe u.a. um Wiederverwendung von Baustoffen. Das werde hier praktiziert, wie sonst nirgendwo. Die Sanierung

des Rathauses werde große Auswirkungen auf St. Georgen haben. Die Kosten der Sanierung seien in einem Rahmen, der auch nirgends erreicht werde. Eine Förderung von 85 % sei eine Besonderheit. Das Regierungspräsidium habe erkannt, dass z.B. mit dem Sitzungssaal dieses Rathaus eine Besonderheit darstelle. Normalerweise würden nur Kulturdenkmäler diese Höhe der Förderung bekommen. Das Rathaus werde für die Bürger geöffnet. Es sei außergewöhnlich, was für ein Treffpunkt im Rathaus geschaffen werde.

Frau Würtz erläutert die Ansätze des zirkulären Bauens, was die Wiederverwertung von Ressourcen bedeute. Bestand werde erhalten und aufgewertet. Diese eingesparte Primärenergie bedeute 34 Jahre heizen. Z.B. werde der Steinboden im UG, EG und auf den Treppen erhalten und barrierefrei gestaltet. Die Treppe mit Handlauf, abgehängte Decken, Vertäfelungen, Möbel und Türen würden erhalten und wieder verwendet. Das Haus erhalte eine Holzrahmenfassade sowie Holzinnenwände. Das Holz stamme aus den heimischen Wäldern. Das Energiekonzept bestehe aus Geothermie mit Wärmepumpe sowie Photovoltaikanlage auf Dächern und Fassaden. In den Büros würden Heiz-Kühlelemente an den Decken für ein angenehmes Klima sorgen. Mit diesem Energiekonzept könne eine jährliche Einsparung von 50.000 Euro, Tendenz steigend, erreicht werden. Das Rathaus erhalte eine Dachbegrünung sowie im Außenbereich neue Bäume. Es erfolge eine Fassadenbegrünung und für die Klimaanpassung eine Pergola, Wasserspiele und Trinkbrunnen. Dem Artenschutz werde man auch gerecht. Viele Vögel nisten im Rathaus. Diese werden sich auch im neuen Rathaus nach einer Zwischenunterbringung wieder ansiedeln können.

Frau Mertel erläutert die neu geplante Mediathek im UG und teilweise EG des Rathauses. Sie stellt das Farbkonzept und die Möblierung sowie die Ausleihmöglichkeiten, einschließlich Open Library dar. In der neuen Mediathek gehe es um Kultur und Bildung für Menschen jeden Alters. Es werde eine Elternbibliothek geben. Zudem eine Tribüne, auch für Veranstaltungen. Eine Gaming- und Jugendlounge sei geplant, ebenso ein kleines Selbstbedienungscafé. Die Mediathek erhalte einen schönen Außenbereich und auch Bereiche, in den gelernt oder gespielt werden könne. Im EG befänden sich zwei Räume, die auch weiter für Vereine oder VHS genutzt werden könnten.

Frau Würtz erklärt die Aufteilung in den jeweiligen Geschossen. Ab dem 2. OG werde das Treppenhaus eine Komplettverglasung erhalten. Somit könne der Flur mitbenutzt werden. Im 3. und im 5.OG gebe es eine Teeküche bzw. einen Pausen- und Ruheraum. Die Oberfläche der Außenhaut sei vorvergrautes Holz sowie Photovoltaikpaneele. Sie stellt die Farbvarianten von rot über blau und grün vor.

Die Kostenberechnung zeige Kosten für das Rathaus von brutto 21.395.577 Euro, für die Tiefgarage netto 4.190.600 Euro und die Außenanlagen von brutto 5.991.075 Euro auf. Insgesamt lägen die Kosten bei 31.577.234 Euro.

Bereits beschlossen sei die Einsparung der Grauwassernutzung samt Zisterne von 190.000 Euro. Dafür entstünden bei den Trennwänden Mehrkosten von 120.000 Euro. Bei der Lüftung könnten je nach Variante bis zu 185.000 Euro eingespart werden.

Bei den höherwertigen Trennwänden sei überprüft worden, ob sich auch der Schallschutz verbessere, was nicht der Fall sei. Sie schlage vor, die Kosten für die Trennwände zu berücksichtigen, aber die Vergabe im Gesamtpaket mit der Inneneinrichtung zu beschließen. Mit diesen Trennwänden könne auch eine höhere KfW-Förderung abgegriffen werden.

Stadtrat Schmider stellt die Frage, ob andere moderne Bibliotheken über ein Lüftung verfügen.

Frau Mertel kann hierzu keine Antwort geben. Sie liefere dies nach. Allerdings halte sie es von Vorteil, wenn Fenster geschlossen halten könne, vor allem bei Einsatz der Open Library.

Herr Sutter weist darauf hin, die neue Mediathek in Kirchzarten habe auf die Lüftung verzichtet. Es werde auf Nachtlüftung gesetzt.

Frau Mertel ergänzt, im Sommer sei es im Dachgeschoss in Kirchzarten unerträglich warm.

Stadtbaumeister Tröndle führt aus, die Verwaltung empfehle die Lüftung für die Bibliothek auf jeden Fall. Auch für das Rathaus sehe er die Ausführung einer Lüftung. Im ersten Moment gehe es um 50.000 Euro Mehrkosten. Es müsse aber auch gesehen werden, dass Heizung und PV-Anlagen ebenfalls Folgekosten hätten. Trotz Lüftung könnten Fenster geöffnet werden und im Winter könne mit weniger Lüftung ausgekommen werden.

Herr Sutter erläutert die Förderungen (Folie ist dem Protokoll beigelegt).

Stadtbaumeister Tröndle erklärt, es sei geplant, für die Fassade eine Belebung anzufertigen. Aus vier Farbvorschlägen entscheide sich der Gemeinderat für zwei, welche den Bürgern zur Abstimmung vorgelegt werden. Für die Lüftung müsse heute noch der Beschluss gefasst werden. Themen wie Innenwände seien für den Bauantrag nicht relevant und könnten später entschieden werden.

Stadtrat Lobmeier erkundigt sich, ob es sich bewahrheitet habe, was die Lüftungsbauer in der Klausur vorgetragen hätten. Danach müssten bei Entfall der Lüftung die Heiz- und Kühelemente verdoppelt werden.

Frau Würz erläutert, die vorgestellten Zahlen seien von binkertPlan berechnet worden. Ob es eine Verdoppelung gebe, könne sie nicht sagen. Eine Vergrößerung auf jeden Fall.

Stadtrat Freischlader erwähnt, ohne die Sanierung des Rathauses wäre die gesamte Innenstadtplanung nur die Hälfte wert. Die Sanierung sei jetzt notwendig. Energetisch sei die Planung sinnvoll. Der gesamte Marktplatz

und Rathausplatz werden durch die Erneuerung belebt. Durch die Einrichtung der Bibliothek im Rathaus würden in der Robert-Gerwig-Schule Räume frei, die dringend benötigt würden. 32 Mio. Euro seien viel Geld. Trotzdem müsse jetzt etwas getan werden. Für die Angestellten im Rathaus würden bessere Bedingungen geschaffen und die Bürger erhielten einen Mehrwert. Dem Einbau einer zentralen Lüftungsanlage stimme die SPD zu. Man könne sich keine Sanierung auf ein modernes Rathaus ohne Einbau einer Lüftung vorstellen. Ebenso in der Bibliothek könne nicht über Fenster gelüftet werden. Für die Trennwände aus Weißtanne spreche sich die SPD ebenfalls aus.

Stadträtin Erchinger stimmt den Worten von Herrn Freischlader zu. 32 Mio. Euro seien hohe Kosten. Aber es werde auch eine hohe Förderung geben. Dennoch müsse sich die Stadt das leisten. Sie spreche sich auch für die zentrale Lüftungsanlage aus, auch aus dem Grunde, dass ein späterer Einbau nicht möglich sei. Sie gehe davon aus, dass die Maßnahme so gerechnet wurde, dass zugestimmt werden könne und dass es auch gestemmt werden könne.

Stadtrat Rieger spricht von großen Diskussionen innerhalb der CDU, aber insgesamt könne die Sanierung voll und ganz unterstützt werden. Respekt vor der Investitionssumme habe er schon.

Stadtrat Bäsch spricht von einem Riesenprivileg, dass der Gemeinderat so ein großes Projekt mit über 30 Mio. Euro Kosten entscheiden könne. Es laste aber auch auf dem Gemeinderat. Es sei einmalig und für die nächsten 50 Jahre. Der Weg sei gut. Die FDP trage das Konzept voll mit und sei froh, dass das Rathaus erhalten bleiben könne. Er spreche sich ebenfalls für die Lüftung und die höherwertigen Trennwände aus.

Stadtrat Schmider sehe das Projekt als Ganzes mit dem Marktplatz und den Außenanlagen. Alles würde für die nächsten 50 Jahre erstellt. Und auf 50 Jahre gerechnet, sei es dann doch nicht so viel Geld. Die Nachfolgegeneration werde es danken. Beim Thema Lüftung gebe es unterschiedliche Meinungen. Für die Bibliothek mache eine Lüftung Sinn. Wenn die Verwaltung der Meinung sei, dass das Klima durch eine Lüftung in den Büroräumen besser werde, könne man auch hier folgen. Er ist sich sicher, das Neue werde genutzt und alles werde belebt. Es sei schön, dass es los gehe.

Stadtrat Laufer führt aus, das Rathaus sei nicht mehr zeitgemäß. Es müsse etwas geschehen. Bei der Lüftung sei sich die CDU einig, dass diese eingebaut werden müsse. Die Planung würde so unterstützt.

Bürgermeister Rieger erklärt, ja, es gehe um eine sehr hohe Summe, aber dieses Geld werde für die nächsten Generationen in die Hand genommen. Er selber habe nicht mehr viel davon. Das Rathaus habe viele Funktionen und bereits im Wahlkampf 2008 habe es Stimmen gegeben, die eine Sanierung wollten. Die Verwaltung werde auch alles dafür tun, eine hohe Förderung zu erhalten. Bisher habe das Land immer Wort gehalten. Das Rathaus werde ein Bürgerhaus. Auch die jungen Menschen bräuchten

mehr Lebensqualität. Das Hallenbad mit 8,5 Mio. Euro sei auch allen die Sanierung wert gewesen. Er sehe absolut den richtigen Weg, der nun eingeschlagen werde.

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig für den Einbau einer zentralen Lüftungsanlage im gesamten Rathaus aus.

Stadtrat Rieger trägt den Antrag der CDU vor, die Verwaltung solle eruieren, ob die Beauftragung eines Projektsteuerers von Vorteil wäre. Der Antrag ist dem Protokoll beigelegt. Es gehe nicht um die Einstellung, sondern um die Überprüfung der Notwendigkeit.

Stadtbaumeister Tröndle führt aus, ein Projektsteuerer könne hilfreich sein. Er überwache nicht nur die Kosten, auch den Zeitplan. Ganz zu Beginn des Projektes habe die Verwaltung auch darüber nachgedacht. Ein Projektsteuerer werde bei Großprojekten eingesetzt. Die Rathaussanierung sei ein Großprojekt. Man sei dann so weit gekommen, dass Sutter³ die Projektsteuerung übernehme. Dann fehle aber jemand, der Sutter³ überwache. Herr Sutter sei nicht mehr im Büro und könne die Projektsteuerung übernehmen – so sei die Idee gewesen. Hinzu komme, dass Herr Pfaff von faktorgrün die Baustelle begleite und als eine Art Projektsteuerer tätig werde.

Bürgermeister Rieger erklärt, es sei kein Misstrauen gegenüber Sutter³. Es sei legitim, über so etwas nachzudenken. Der Antrag werde auf eine der nächsten Sitzungen aufgearbeitet.

Herr Sutter erklärt, er arbeite lieber mit einem Projektsteuerer, dann habe er weniger Arbeit. Er verursache allerdings auch zusätzliche Kosten. Seine Erfahrung sei, dass der Projektsteuerer der Vermittler in den Gemeinderat sei.

Stadtrat Wentz erklärt, es werde keine Punktlandung bei den Kosten geben. Ein Projektsteuerer koste erneut Geld. Mit dem Büro Sutter³ habe er ein gutes Gefühl. Der Projektsteuerer bekomme auch wieder einen Prozentsatz der Bausumme. Dies müsse man sich gut überlegen.

Beschluss:

- a) Der in der Vorlage dargestellte Entwurf und die in der Sitzung vorgestellte Kostenberechnung sind freigegeben. Die abgestimmten Vorschläge zu Kostensparmaßnahmen sind zu berücksichtigen.
- b) Die in der Vorlage dargestellte Planung ist als Bauantrag einzureichen.
- c) Die Werkplanung soll auf der Grundlage der freigegebene Entwurf und unter Berücksichtigung der Kostensparmaßnahmen fortgeführt werden.
- d) Im Laufe des Jahres 2025 sollen die Gewerke ausgeschrieben und mit den Bauarbeiten begonnen werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 20
 Ablehnung: ./.
 Enthaltung: ./.

8

Haushalt 2025; Vorstellung des Entwurfs und 1. Beratung

Protokoll:

Bürgermeister Rieger führt den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2025 mit seiner Haushaltsrede ein:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir legen Ihnen heute den HH-Entwurf 2025 vor.

Es ist der erste **Haushalt**, den wir in neuer GR-Zusammensetzung miteinander beraten und beschließen, aber so viel vorweg:

Fast alle unsere Haushalte waren von Auswirkungen irgendeiner schwierigen Lage begleitet oder wie in den Jahren 2009-2011 sehr stark sogar von einer **weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise** geprägt. Ich kann es auch so formulieren, dass wir in St. Georgen **schon immer** vor herausfordernden Haushaltstagen gestanden haben und allen Unkenrufen zum Trotz doch immer gut durchgekommen sind.

Ich möchte gleich zu Beginn daran erinnern, dass **unsere Einnahmen aus Steuern, Gebühren und Zuweisungen** bestehen und wir somit, was die Gewerbesteuer und die Einkommenssteueranteile anbelangt, auf eine **funktionierende Wirtschaft** angewiesen sind. Wenn die Wirtschaft schwächelt -aus welchen Gründen auch immer-, dann schwächeln zeitversetzt auch die Städte und Gemeinden. In solchen Zeiten sind dann quer durch die Bevölkerung Leute gefragt, die vorne hinstehen, die das Heft des Handels in die Hand nehmen und nicht in Schockstarre verfallen, warten, dass die Zeit sich wandelt und davon ausgehen, dass es irgendjemand schon richten wird.

Wir sollten uns daher auf uns und unsere Fähigkeiten konzentrieren **und** ganz sachlich auf die derzeitigen Entwicklungen schauen **und** trotz der einen oder anderen Sorgenfalte mit Zuversicht und Mut an die kommenden Aufgaben herangehen. **Dazu sind wir da.** In einfachen Zeiten Bürgermeister oder Gemeinderat zu sein, ist einfach, in schwierigen Zeiten aber wird sich zeigen, ob wir weiterhin willens sind, zu handeln und zu zeigen, dass wir an die Zukunft glauben.

Uns wurde schon bei der Hallenbadsanierung der finanzielle Crash von Kritikern prognostiziert. Das ist aber nie eingetreten. Kaum Beachtung gefunden hat aber die **äußerst positive Tatsache**, dass wir bei allen Investitionen, die wir hier getätigt haben, fast 15 Jahre keine Kredite aufnehmen mussten, sondern sie auf unter 100 €/pro Einwohner reduziert haben.

Nicht geredet wurde darüber, dass wir keine Steuern erhöht haben, dass unsere Gebühren größtenteils **noch** zu den günstigsten in der Region gehören und weit weg von der Kostendeckung sind und dass wir bei den freiwilligen Leistungen schon immer sehr hohe Ausgaben hatten und uns sehr viel leisten in diesem Bereich. **Das gilt dann als selbstverständlich.**

Wir können und dürfen aber nicht darauf verzichten, für unsere Bürgerinnen und Bürger Lebensqualität zu erhalten und zu verbessern. Gleichzeitig müssen wir durch gezielte Maßnahmen dafür sorgen, dass sich St. Georgen nachhaltig als Wohn- und Wirtschaftsstandort weiter gut aufstellt.

Wir stehen im Vergleich mit anderen Städten in der Region.

Aber in diesem Vergleich stehen wir noch immer gut da und haben eigentlich **keinen** Grund, den Kopf in den Sand zu stecken. Ein bisschen Sorgen machen ja, das ist angebracht.

Aber wir leisten uns immer noch sehr viel, **was es andernorts** schon nicht mehr gibt. Darüber können wir uns freuen. Und solange das so ist, haben wir keinen Grund zu Jammern.

Allerdings wird auch unser Spielraum immer enger. Die Zeitungen berichten mittlerweile regelmäßig über Städte und Gemeinden, denen finanziell das Wasser bis zum Hals steht. Erste Kommunen schränken bereits ihre Leistungen ein.

Ich möchte mich aber nicht uneingeschränkt denen anschließen, die die Schuld der momentanen Schieflage in vielen Städten und Gemeinden **nur** dem Bund oder **nur** dem Land zuschieben.

Ja, es stimmt, uns werden regelmäßig neue Aufgaben und Kosten aufgebürdet, **ja es** stimmt, für eine ausreichende Finanzierung wird aber nicht gesorgt und **ja, es stimmt** auch, dass wir beispielsweise für die Finanzierung von Krankenhäusern erheblichen Anteil leisten müssen und es langsam den Anschein hat, dass wir zum Ausfallbürgen werden. Das alles erfordert eine enorme Summe an Finanzmitteln, die wir zu früheren Zeiten nicht aufbringen mussten.

Es stimmt auch, dass wir über unsere Kreisumlage erheblich zu einem genehmigungsfähigen Kreishaushalt beitragen müssen, der mittlerweile zu über 60 % aus sozialen Leistungen besteht und das schon zu Zeiten, als es der Wirtschaft noch besser ging und Vollbeschäftigung herrschte. Viele Kostensteigerungen oder neue Ausgabepositionen sind von uns also nicht zu beeinflussen. Dafür tragen wir als Stadt also keine Verantwortung.

Es ist aber auch so, dass sich die Lage in der Welt insgesamt wandelt und wir **-so meine Wahrnehmung-**, mitten in den größten Veränderungen der letzten 50 Jahre stehen. **Eine wichtige Frage** wird sein, ob wir in unserem Land mit unseren Strukturen, mit unserem bürokratischen Aufwand, unseren Abläufen, unserem Vorschriftenwald und mit unserem Schnelltempo bei Genehmigungsverfahren noch in die Zeit passen und **ein guter Partner für diejenigen** sind, die uns finanzieren. Und das sind nun mal unsere Wirtschaft und unsere Einwohner. Das wird hier und da gerne mal vergessen, deshalb erwähne ich es nochmal.

Ich habe früher mal gelernt, dass wenn eine Stadt ihre Einnahmen erhöhen möchte, dass sie dann genau in diesen Bereichen investieren muss: **Sie muss versuchen**, Einwohner zu gewinnen und Firmen zu halten oder an Land zu ziehen. Dafür bedarf es aber einer ansprechenden Innenstadt mit Aufenthaltsqualität, es bedarf Kindergärten und Schulen aber besonders bedarf es auch Wohngebieten und Gewerbegebäuden. Und wie üblich und kompliziert es bei der Ausweisung neuer Flächen mittlerweile abläuft, darauf brauche ich nicht näher einzugehen.

Wir dürfen nicht vergessen, dass sich unsere Wirtschaft größtenteils in einer **sehr schwierigen** Phase befindet.

Während in der Finanzkrise ein Konjunkturpaket verabschiedet wurde, das relativ rasch für Abhilfe sorgte, ist davon diese Mal weit und breit nichts zu sehen. Die Gewerbesteuer ist eine sehr unbeständige Einnahme, die sich erst mittelfristig an die Veränderung der Konjunktur anpasst und in vielen Kommunen oft für Überraschungen sorgt. **Im Guten wie im Schlechten.** Die Höhe kann kaum noch vorhergesagt werden. Wir hoffen, dass wir mit den veranschlagten 8 Mio. gut liegen. Das sind viereinhalb Mio. wenige als im letzten Jahr.

Aber es war und ist noch immer eine wesentliche Aufgabe der Stadt, insbesondere bei diesen wirtschaftlichen Bedingungen (um nicht Rezession zu sagen), regulierend einzugreifen **und gegen den Trend** die Investitionen zu erhöhen! Durch die Aufträge der öffentlichen Hand wird die Privatwirtschaft gestärkt und dies kommt am Ende allen zugute. Genau das werden wir tun.

Wir als Stadt aber auch unsere Bürgerinnen und Bürger stehen somit auch weiterhin vor umfangreichen Aufgaben, die uns viel abverlangen werden. Die Sanierung unserer **in die Jahre gekommenen Infrastruktur** wird uns noch einige Zeit intensiv beschäftigen. **Die Versorgung** der privaten Haushalte mit Internet, Fernsehen und Telefon ist mittlerweile auch eine kommunale Aufgabe geworden und der Anspruch, alles kostenlos zu erhalten, nimmt mehr und mehr zu. **Das heißt**, die Ansprüche an Stadt und Staat sind in unserem Land mittlerweile auch enorm hoch, so nach dem Motto: Stadt, ich habe ein Problem, lös es mir“.

Eine andere Frage wird sein, wie wir mit diesen Rahmenbedingungen umgehen und eine **weitere Frage** wird sein, ob die Allgemeinheit verstehen kann, dass letztendlich **alle** ihren Teil dazu beitragen müssen, dass sich eine Stadt gut entwickelt, entweder hier und da durch Verzicht oder durch Selbsthilfe oder durch Teilhabe an der Stadtsanierung.

Ebenso wird eine Frage sein, ob wir in unserem Land wirtschaftlich die Kurve bekommen, **um wieder ein wichtiges Rädchen** und nicht das fünfte Rad am Wagen in der Weltwirtschaft zu sein. **Dazu benötigen** wir aber Menschen, die arbeiten gehen und mithelfen, den Motor wieder zum Laufen zu bringen, denn ohne eine gut laufende Wirtschaft wird es auch uns auf Dauer nicht gut gehen.

Generell kann ich feststellen, dass es uns allen lieber wäre, mit besseren Rahmenbedingungen die Zukunft unserer Stadt zu planen und in die Hände zu nehmen, **insbesondere wenn man neu anfängt, wie einige Mitglieder hier im GR.** Aber wir können es uns nicht aussuchen und müssen aus der jeweiligen Situation das Beste machen.

Wir sind, **zumindest derzeit**, immer noch in der angenehmen Lage, dass wir also nicht nur unsere Pflichtaufgaben (rechtlich gesehen) wahrnehmen können, **sondern darüber hinaus** umfassend in unsere Infrastruktur und in die dringend notwendige Stadtsanierung investieren können.

Und wenn man unsere Innenstadt anschaut, kann man vom Zustand her auch von einer Pflichtaufgabe reden. Es ist eine **unaufschiebbare Maßnahme**, die uns natürlich sehr viel kostet, aber daran führte kein Weg vorbei.

Wir stehen nun mitten in der Sanierung. Und das ist gut so.

Der Marktplatz wird ein Hingucker und sehr funktional werden. Die Rat-

haussanierung mit Bibliothek wird ein weiterer Anziehungspunkt in der Stadt werden und mit der Sanierung von zwei Tiefgaragen bieten wir dem EH bald wieder genügend Parkplätze eigentlich direkt vor der Haustüre. Für all diese Maßnahmen rufen wir ein Höchstmaß an Förderungen ab und ich **bedanke mich an dieser Stelle** für die bisherige Unterstützung durch Bund und besonders durch das Land.

Unser Rathaus, das momentan noch in einem desolaten Zustand ist, wird Modellcharakter haben und durch seine Machart wie auch durch seine Funktionsweise beispielhaft sein.

Wir schaffen keine Luxusvariante, sondern einen Zweckbau, der auf dem neuesten Stand der Technik ist, in dem sich die MA und Kunden wieder wohl fühlen und welcher wieder eine gute Außenwirkung erzielt.

Zum vorgelegten Haushalt:

Wenn ich jetzt einmal die vergangenen 25 Jahre Revue passieren lasse und einen Blick auf die Entwicklung der Kommunalfinanzen oder auf die Finanzbeziehungen Stadt/Kreis/Land werfe, dann sind die Kommunen noch mehr von der Stärke der Wirtschaft abhängig, **von der Wirtschaft**, der man die Rahmenbedingungen für gutes Wirtschaften erheblich eingeschränkt hat.

Und wir sind auch noch immer davon abhängig, dass uns das Land angemessen unterstützt.

Aber eine solide Planung über fünf Jahre ist nicht mehr möglich und gleicht einem Blick in die Glaskugel.

Wenn irgendwo auf der Welt etwas passiert, kann es sofort Auswirkungen auf unsere Wirtschaft haben, egal ob ein Containerschiff in einem Kanal feststeckt, uns eine Pandemie **heimsucht** oder auf einem anderen Kontinent eine Immobilienblase platzt.

Unsere Haushalte werden immer noch nach demselben Muster gestrickt, aber es sind noch die Erwirtschaftung unserer Abschreibungen dazugekommen und im Vergleich zu vor 10 Jahren zahlreiche weitere Aufgaben wie bspw. das Glasfasernetz.

Ein Unternehmer, der betriebswirtschaftlich denkt, kann nach seinen Zahlen oder Kennzahlen arbeiten und er kann seinen Gewinn optimieren. Er stellt Produkte her und verkauft diese zum Preis x am Markt. **Er kann so kalkulieren**, dass er einen Gewinn macht.

Wir können nur bedingt betriebswirtschaftlich handeln, denn wir haben neben unseren Pflichtaufgaben viele freiwillige Leistungen, die sich mittlerweile sehr deutlich im Aufwand niederschlagen und sich finanziell nie rechnen, die es uns aber wert sind, dass wir sie erhalten (Hallenbad, Klosterrweiher usw.). Das würde ein **Betriebswirtschaftler** niemals tun. Aber diese Dinge sind uns wichtig und liegen uns am Herzen, weil sie unsere Stadt lebenswerter machen. Diese laufenden Kosten garantieren letztlich unser gesellschaftliches Miteinander.

Rahmenbedingungen für unseren HH

Unser HH-Volumen beläuft sich auf über 44 Mio. €. Der HH-Ausgleich nach neuem Haushaltsrecht wird nicht erreicht, wir erwirtschaften unsere Abschreibungen nicht. Gewerbesteuer und Zuweisungen vom Land wer-

den u.a. auch wegen Zensus geringer ausfallen als in den Vorjahren. Die von uns zu entrichtende Kreisumlage -also was wir an den Kreis zu zahlen haben, wird ca. 8,3 Mio. Euro betragen. Wir können diesen Fehlbetrag aber mit Rücklagen aus den Vorjahren verrechnen.

Der jährliche Betriebsaufwand für unsere kommunalen Einrichtungen beläuft sich mittlerweile auf über 16 Mio. Euro. Die Einnahmen abgezogen, haben wir hier einen Fehlbetrag von 9,5 Mio. €. Allein bei den Kindergärten beläuft sich das Minus auf rd. 3 Mio. Euro, beim Hallenbad und dem Klosterweiher auf rd. 1 Mio.

Was die Kindergärten anbelangt, werden wir so wie es **momentan** aussieht, in 2025 ein Gebäude erwerben um dem derzeitigen Bedarf gerecht zu werden. Wir sparen damit im Vergleich zum Neubau aller Voraussicht nach bis zu vier Millionen Euro.

Nur ein Beispiel zu Kostensteigerungen (Schatzinsel)

Wie Sie vorhin erfahren haben, werden wir im kommenden Jahr auch in wichtige Sanierungsarbeiten in der RGS einsteigen. Mit beiden Maßnahmen und auch mit unseren Aufwendungen können wir weiteren Kindern bei einem guten Start ins gesellschaftliche Leben unterstützen.

Weitere wesentliche Investitionen sind vorgesehen. Diese wären: (Haushaltsplan Seite 39)

Bevor uns unsere Finanzchefin die wesentlichen Zahlen erläutert noch eine Anmerkung:

Am Ende steht und fällt die Attraktivität von St. Georgen für unsere Einwohner mit den Leistungen, die wir als Gemeinschaft füreinander erbringen. Ich habe in meinen Ausführungen einige Themen angesprochen, die zu dieser Attraktivität beitragen können und ich weiß, dass St. Georgen und die Ortsteile lebenswert sind. Wir können unserer Bevölkerung viel bieten, was nicht selbstverständlich ist.

Verantwortlich sind wir gemeinsam. Danke für Ihren bisherigen Mut zu Veränderungen, wie aktuell bspw. zur Stadtsanierung. Danke aber auch an Sie generell für Ihren Einsatz zum Wohle der Stadt, danke für das vertrauensvolle Miteinander. Danke auch den OV und OR. Danke auch der Verwaltung für ihren Dienst an den Menschen in unserer Stadt und heute besonders Frau Amann und der Finanzabteilung.“

Kämmerin Amann führt aus, auch für das kommende Haushaltsjahr seien keine Steuer- und Gebührenerhöhung geplant.

Kämmerin Amann führt weiter aus, wie in den letzten Jahren auch wurden erneut die pauschalen Ansätze für die Straßenunterhaltung gekürzt. Bei den Schulmitteln gebe es keine Kürzungen. Es sei eine Kreditaufnahme von 7 Mio. Euro geplant.

Im Gesamtergebnis schließe der Ergebnishaushalt mit einem Minus von 6.676.975 Euro ab.

Das ordentliche Ergebnis 2023 habe 5.988.912 Euro betragen, der Plan für 2025 sehe ein ordentliches Ergebnis von minus 6.676.975 Euro vor.

Das außerordentliche Sonderergebnis, hier gehe es um die Altlastenentsorgung in der Industriestraße, werde mit einem geringeren Minus von

55.600 Euro gegenüber dem Ergebnis 2023 (Minus 71.048 Euro) geplant. Als größte Abweichung bei den Erträgen erwähnt Frau Amann die Grund- und Gewerbesteuer mit minus 1 Mio. Euro. Als größte Abweichungen bei den Aufwendungen nennt Frau Amann die Kreisumlage mit 1.042.600 Euro sowie den Personalaufwand mit 668.200 Euro.

Der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit werde für 2025 mit minus 4.259.275 Euro gegenüber dem Ergebnis aus dem Jahr 2023 (8.,901.877 Euro).

Die voraussichtliche Liquidität betrage für das Jahr 2025 815.504 Euro.

Für die kommenden Jahre 2026 (-1.589.296 Euro), 2027 (-3.082.0996 Euro), 2028 (-5.193.974 Euro).

Bei der Entwicklung der Schulden erläutert Kämmerin Amann, betrage der Stand der Neuverschuldung Ende 2025 12.700.000 Euro, Ende 2026 12.400.000 Euro, 2027 7.000.000 Euro und Ende 2028 1.900.000 Euro.

Kämmerin Amann nennt die größeren Investitionen, die im Haushalt 2025 vorgesehen seien, wie Rathaussanierung, Neugestaltung Markt- und Rathausplatz, Retentionsfilter „Rötzenwiese“, Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED, Erschließung „Nasse Hecken“ mit Beleuchtung, verschiedene Straßensanierungen usw. Nachträgliche Änderungen ergeben sich durch den Ankauf eines Gebäudes für die Kindergartenutzung mit 1.7 Mio. Euro sowie Mittel aus Aktienverkauf EGT mit 2.2 Mio. Euro.

Die Stadtwerke würden mit einem Gesamtergebnis von Minus 424.000 Euro abschließen. Diese ergäben sich durch Einnahmen bei der Wasserversorgung mit 2.000 Euro, Einnahmen bei der Photovoltaik von 23.000 Euro, Ausgaben bei den Tiefgaragen von 309.000 Euro und Ausgaben bei der Breibandversorgung von 140.000 Euro. Die Stadtwerke hätten für 2025 Investitionen in Höhe von 1.330.000 Euro geplant.

Stadträtin Erchinger erkundigt sich, wieso es bei der Volkshochschule Honorarsteigerungen gegeben habe.

Frau Amann führt aus, es würden die Deutschkurse unter der Volkshochschule mit aufgeführt. Hierfür gebe es allerding auch Förderungen.

Stadträtin Erchinger fragt nach den Kosten bei der Erddeponie.

Stadtbaumeister Tröndle erklärt, diese müsse rekultiviert werden. Es handle sich um Kosten, die vom Forst so betitelt wurden.

Stadtrat Rieger fragt an, ob die Kosten, die für den Erwerb des Gebäudes für die Kinderbetreuung vorgesehen seien, mitberücksichtigt seien.

Bürgermeister Rieger führt aus, diese sei nicht der Fall. Es würde evtl. bis Herbst 2025 dauern, bis der Kindergarten in Betrieb gehen könne. Kauf und Umbau würde ca. 2 Mio. Euro kosten. Stellenausschreibungen müssten dann noch erfolgen. Es werde den Haushalt 2026 betreffen oder evtl. den Nachtragshaushalt 2025.

Stadtrat Rieger fragt an, wie die Mehreinnahmen bei der Photovoltaik eingeplant würden.

Kämmerin Amann erwähnt, dies könne bei der Verabschiedung im Dezember 2024 berücksichtigt werden.

Herr Costantino ergänzt die Personalkosten für den neuen Kindergarten. Diese könnten erst geplant werden, wenn der Zeitpunkt der Eröffnung klar sei.

Bürgermeister Rieger bittet alle Fraktionen, ihre Anträge für den Haushalt 20025 in der nächsten Woche schriftlich einzureichen.

9

**Satzung über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer
(Hebesatzsatzung) ab 01.01.2025**

Vorlage: 108/24

Protokoll:

Kämmerin Amann erläutert die Auswirkungen der Grundsteuerreform 2025, das ab 01.01.2025 gelte. Die Landesregierung wünsche sich Aufkommensneutralität. Dies betreffe das Grundsteueraufkommen der Gemeinde, nicht die Höhe der Grundsteuer des einzelnen Steuerpflichtigen. Für die Berechnungen sei das Bundesmodell übernommen worden. Die Bewertung erfolge auf der Basis eines typisierenden durchschnittlichen Ertragswertverfahren. Sie erläutert die Kalkulation des Hebesatzes zur Grundsteuer A und B. Bei der Grundsteuer B nennt sie folgende Auswirkungen: Die Grundsteuer für Firmen- und Geschäftsgrundstücke sinke, die Grundsteuer für unbebaute Grundstücke steige. Große Grundstücke mit tendenziell alter Bebauung würden teurer, kleine Grundstücke mit tendenziell junger Bebauung würden günstiger, ebenso Wohn- und/oder Teileigentum.

Seitens des Gemeinderats wird der Wunsch geäußert, den Hebesatz bei der Grundsteuer B von den vorgeschlagenen 500 auf 510 zu erhöhen.

Beschluss:

1) Die angeschlossene

Satzung über die
Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer
(Hebesatzsatzung)

wird mit Wirkung ab 01.01.2025 erlassen.

20 Ja-Stimmen

Die Hebesätze werden festgesetzt

1. für die Grundsteuer

a) für die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Grundsteuer A)
auf 500 v.H.,

20 Ja-Stimmen

b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf 510 v.H.,
 20 Ja-Stimmen
 2. für die Gewerbesteuer auf 340 v.H.
 13 Ja-Stimmen
 5 Nein-Stimmen
 2 Enthaltungen
 der Steuermessbeträge

- 2) Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung gem. § 4 Abs. 3 GemO öffentlich bekannt zu machen und der Rechtsaufsichtsbehörde anzuzeigen.

20 Ja-Stimmen

10 Antrag der Freien Wähler auf Erweiterung Tempo 30 Bahnhofstraße / Hauptstraße
Vorlage: 113/24

Protokoll:

Bürgermeister Rieger setzt den Tagesordnungspunkt aufgrund der Größe der Tagesordnung ab und verschiebt ihn auf die nächste Gemeinderatssitzung.

11 Neufassung der Satzung über die Einrichtung eines Jugendgemeinderates
Vorlage: 114/24

Protokoll:

Frau Benner erläutert die Vorlage.

Stadtrat Zimmermann stellt die Frage, ob diejenigen Bewerber, die auf keiner Schule in St. Georgen seien, auch berücksichtigt würden.

Frau Benner erklärt, mit acht Personen seien alle Schulen bedient, der Rest werde dann mit Personen, z.B. aus anderen Schulen aufgefüllt.

Stadtrat Freischlader fragt an, wie es sich verhalte, wenn es von einer Schule nur einen Bewerber gebe.

Frau Benner erklärt, dann gebe es auch nur einen Jugendgemeinderat von dieser Schule.

Stadtrat Freischlader erklärt, die Aufgabe, einen Jugendgemeinderat zu begleiten, könne nicht von einer Person, in Form der Funktion der Jugendhausleitung, erfolgen. Vor allem, wenn nun auch 13-jährige Jugendgemeinderäte seien. Er wünsche sich, dass die Fraktionen mit beteiligt werden und es auch an den Jugendgemeinderat kommuniziert werde, dass

der Gemeinderat Ansprechpartner sei.

Stadtrat Rieger fragt nach, ob auf Sitzungsdauer usw. geachtet werden müsse, wenn unter 14jährige im Gremium sein.

Bürgermeister Rieger erklärt, es seien die Unterschriften der Eltern für die Bewerbung eingeholt worden.

Stadtrat Schwarz schlägt vor, dass analog den Ortsräten von jeder Schule Jugendliche als sachkundige Jugendliche eingebunden werden.

Bürgermeister Rieger erklärt, dies sei jederzeit möglich.

Stadtrat Santalucia bittet um eine Regelmäßigkeit bei den Sitzungen der Jugendgemeinderäte. Die Arbeit stehe und falle mit der Werbung über die Projekte.

Bürgermeister Rieger erklärt, man sei hier auch auf die Unterstützung aller Schulen angewiesen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Neufassung der Satzung über die Einrichtung eines Jugendgemeinderates der Stadt St. Georgen im Schwarzwald.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 20

Ablehnung: ./.

Enthaltung: 1

12

Anfragen aus dem Gremium

Protokoll:

- a) Stadtrat Schmider erkundigt sich nach dem Stand in Sachen Wärmeplanung.
Stadtbaumeister Tröndle führt aus, der Zuwendungsbescheid sei eingegangen. Die Ausschreibungen seien in der Vorbereitung. Ihm fehle es an Zeit und Manpower. Es gebe weitere wichtige Projekte, die auf dem Wartestapel lägen.
Bürgermeister Rieger sagt zu, so schnell es gehe, die Sache anzugehen. Es handle sich um keine absichtliche Verzögerung.
- b) Die CDU-Fraktion präsentiert eine Flagge mit dem St. Georgener Stadtwappen und bewirbt diese, für 20 Euro zu erwerben.

Für die Richtigkeit:

Der Vorsitzende:

Die Mitglieder:

Der Schriftführer:

St. Georgen, 26. Februar 2025